

Wirtschaft für den Unterricht

Wettbewerbsfähigkeit

Börsenstärke – Deutschland
schwach aufgestellt S. 2

Europa

Frankreich Spitzenreiter bei
Sozialleistungen S. 3

Weltwirtschaft

China auf Expansionskurs –
das Projekt „Neue Seidenstraße“ S. 4



Bankenplanspiel

SCHUL/BANKER: Anmeldung läuft – bis zum 30.9.2017!

SCHUL/BANKER

DAS BANKENPLANSPIEL

Wer die Funktionsweise einer Bank kennenlernen und sich im Wettbewerb mit anderen Schülern behaupten möchte, der ist bei SCHUL/BANKER genau richtig. Im Herbst startet das Bankenplanspiel zum 20. Mal.

Bald ist es so weit: SCHUL/BANKER, der bundesweite Schülerwettbewerb des Bankenverbandes, startet in eine neue Runde. Rund 77.000 Schülerinnen und Schüler haben inzwischen an diesem spannenden Bankenplanspiel teilgenommen. Ab November heißt es auf ein Neues: Einmal selbst Banker sein, das Management einer Bank eigenverantwortlich übernehmen und im Team alle für den Geschäftsbetrieb erforderlichen Entscheidungen treffen – genauso, wie sie auch in der Realität vom Management getroffen werden. Für alle, die im kommenden Schuljahr dabei sein und erleben möchten, wie man eine Bank führt: Infos und Anmeldung unter www.schulbanker.de. **Anmeldeschluss ist der 30. September 2017.**

Wer darf teilnehmen?

Mitmachen können Schülerinnen und Schüler in der Erstausbildung (Höchsteralter 21 Jahre) **ab Jahrgangsstufe 10** in Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie an deutschen Schulen in den Ländern der Europäischen Union und der Schweiz. Es zählt die Jahrgangsstufe, die zu Beginn des Planspiels erreicht ist. Gespielt wird in **Teams von drei bis sechs Jugendlichen**, die gemeinsam die Leitung jeweils einer Planspielbank übernehmen. Vorkenntnisse der Bankbetriebslehre sind nicht erforderlich: Das für eine erfolgreiche Teilnahme notwendige Wissen erwerben die Schüler learning by doing. Jedes Team spielt auf einem von 20 Märkten. Die 20 Sieger werden zum Finale eingeladen, das im Frühjahr 2018 in Potsdam im Rahmen einer dreitägigen Veranstaltung ausgetragen wird. Wichtiger Hinweis: In verschiedenen Bundesländern wird das Planspiel als „Besondere Lernleistung“ anerkannt oder kann im Rahmen des Seminarfachs angeboten werden.

Wettbewerbsfähigkeit

Börsenstärke – Deutschland schwach aufgestellt

Die Börsenstärke drückt aus, wie groß der Aktienmarkt einer Nation im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung ist. Deutschland liegt nur auf einem hinteren Rang.

Europas größte Volkswirtschaft belegt bei der globalen Börsenstärke nur einen schwachen 28. Platz. Damit liegt die Bundesrepublik hinter den Philippinen und Spanien und nur knapp vor China. Alle börsennotierten Aktiengesellschaften der Bundesrepublik sind zusammengerechnet 2,2 Billionen Dollar (1,9 Billionen Euro) wert. Gemessen am deutschen BIP von knapp 3,5 Billionen Dollar entspricht das einer Börsenstärke von gerade einmal 62,6 Prozent – Ergebnis auch der unterentwickelten Aktienkultur hierzulande. Spitzenreiter Hongkong kommt auf 1.423 Prozent, die Schweiz auf beachtliche 258 Prozent.

Börsen haben eine wichtige Funktion

Ein niedriger Wert kann problematisch sein, denn Börsen haben eine wichtige Funktion bei der Bereitstellung von Geld. Innovative Geschäftsideen lassen sich in der Regel nur durch Eigenkapital finanzieren, mit dem die Kapitalgeber mit ins unternehmerische Risiko gehen. Hinzu kommt, dass nur Börsen einer großen Zahl von Menschen Zugang zu Unternehmen

gewähren. Dort, wo Firmen in der Hand weniger großer Familien oder des Staates sind, entwickeln sich häufig oligarchische Strukturen. Manche Experten weisen jedoch darauf hin, dass lokale Traditionen das globale Bild verzerren können. In Deutschland ist die Börse zum Beispiel auch deshalb kleiner als in den USA, weil der vergleichsweise große und starke Mittelstand sich gut über Bankkredite finanzieren kann.

Die Länder mit hoher Börsenkraft

	Wirtschaftsleistung in Mrd. Dollar	Börsenwert in Mrd. Dollar	Börsenstärke Verhältnis Marktka- pitalisierung zu BIP in %
1. Hongkong	320,9	4.567,5	1.423,3
2. Taiwan	355,5	1.120,0	315,1
3. Schweiz	659,8	1.702,4	258,0
4. Singapur	297,0	540,6	182,0
5. Schweden	511,0	792,4	155,1
6. USA	18.569,1	27.082,5	145,8
11. Großbritannien	2.618,9	3.404,7	130,0
17. Welt	75.641,6	75.417,2	99,7
28. Deutschland	3.466,8	2.169,8	62,6
29. China	11.199,2	6.983,7	62,4

Quelle: Bloomberg.

UM 3,5% dürfte nach Einschätzung des IWF die Weltwirtschaft im laufenden Jahr expandieren, 2018 um 3,6 %. Diese Zahlen lägen aber noch immer unter dem Niveau der Wachstumsraten, wie man sie vor der globalen Fi-

nanz- und Wachstumskrise gekannt habe, so der IWF. Das erste Quartal 2017 habe für große Schwellenländer wie Brasilien, China und Mexiko höhere Wachstumsraten gezeitigt als erwartet, schreibt der IWF weiter. Gleiches gelte für eine Reihe von Industrieländern wie Kanada, Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien – nicht jedoch für Großbritannien und die USA.

Lektüre-Tipp:

Philipp Blom: Was auf dem Spiel steht. Hanser Verlag, Berlin 2017, 224 Seiten, 20,00 EUR.

Der Historiker Philipp Blom, Autor preisgekrönter Bücher, schaut in die Welt von heute und zeichnet mit fesselnden Worten und in einer bildreichen Sprache die großen Konfliktlinien der Gegenwart nach – vom Klimawandel bis zur Krise der Demokratie. Wie Liberalismus und Marktwirtschaft einst perfekt zusammengingen, woher der „autoritäre Traum“ rührt, was der digitale Umbruch bringen wird und wie das alles mit dem 17. Jahrhundert oder der Weimarer Republik zusammenhängt – dies sind nur einige der

Fragen, die dieses Buch streift. „Was auf dem Spiel steht“ erschöpft sich aber nicht nur darin, die Welt von heute zu beschreiben. Blom konfrontiert den Leser auch mit einem Blick in die Zukunft und mit einer konkreten Utopie. Hinter alledem ist die Absicht des Autors zu erkennen, die strukturellen Hintergründe von übertriebenem Konsum, Klimawandel und Digitalisierung aufzuzeigen und den Leser wachzurütteln. Philipp Blom ist sich sicher: Ein „Weiter so“ wäre fatal.

Finanzmärkte im Blick

US-Dollar schwächelt

Noch vor wenigen Monaten rechneten viele Analysten mit einer Parität beim Euro-Dollar-Kurs – also einem Austauschverhältnis von 1:1. Zuletzt aber ist die europäische Gemeinschaftswährung auf knapp 1,18 Dollar gestiegen und erreichte damit ein Zweieinhalb-Jahres-Hoch. Diese Kursentwicklung spiegelt eine grundlegende Skepsis gegenüber der amerikanischen Währung wider. Zwei Faktoren sind hierbei ausschlaggebend: zum einen die erfolglose Politik des neuen US-Präsidenten, zum anderen die Geldpolitik der Notenbank Fed. Mit Blick auf US-Präsident Trump gilt: Je mehr die Finanzmärkte an seiner Führungsstärke zweifeln, desto stärker wird der Euro im Verhältnis zum Dollar. So wurden beispielsweise die Kursgewinne des Euro Ende Juli davon ausgelöst, dass Trump abermals mit dem Versuch gescheitert ist, das von seinem Vorgänger eingeführte Gesundheitssystem umzubauen. Auch das Großprojekt der Steuerreform könnte nun wackeln. Die Aussichten, dass in diesem Jahr noch etwas wirtschaftspolitisch Relevantes er-

reicht wird, werden von vielen Beobachtern als äußerst gering eingestuft. Neben den Zweifeln an der Durchsetzungsfähigkeit Trumps gilt auch die vorsichtige Geldpolitik der amerikanischen Notenbank Fed als weiterer Grund für die Dollar-Schwäche. Noch zu Jahresbeginn hatte man mit einem sehr viel aggressiveren geldpolitischen Kurs der Fed gerechnet. Zinserhöhungen der Fed würden normalerweise dem Dollar zugutekommen, doch nachdem der Eindruck sich breitgemacht hatte, die amerikanische Notenbank werde in diesem Jahr zurückhaltend agieren, war noch nicht einmal die eher überraschend vorgenommene Leitzinsanhebung im März in der Lage, dem Dollar nachhaltig Auftrieb zu verleihen. Umgekehrt konnte der Euro zum Dollar mehr als drei amerikanische Cent hinzugewinnen, nachdem EZB-Präsident Draghi in seiner Rede auf dem Zentralbankenforum im portugiesischen Sintra Ende Juni die Erwartung geweckt hatte, dass die EZB ihre monatlichen Anleihekäufe von derzeit 60 Milliarden Euro bald verringern könnte.

»Noch zu Jahresbeginn hatte man mit einem sehr viel aggressiveren Kurs der Fed gerechnet.«

Europa

Frankreich Spitzenreiter bei Sozialleistungen

Im internationalen Vergleich gibt Frankreich viel Geld für Soziales aus: Mit fast 32 Prozent des BIP war es 2016 relativ betrachtet mehr als in jedem anderen Staat der OECD.

Unter den Sozialausgaben fällt besonders das staatliche Rentensystem ins Gewicht: Mit gut 14,2 Prozent am BIP ist es eines der teuersten in der OECD, die nur einen Durchschnitt von 8,4 Prozent aufweist. Grund hierfür: Die französische Altersversorgung zahlt nicht nur vergleichsweise hohe Renten, die Franzosen gehen auch früh in den Ruhestand und haben eine lange Lebenserwartung. Die Folge ist, dass Rentner in Frankreich im Durchschnitt höhere Einkommen haben als die Gesamtbevölkerung – der Löwenanteil stammt dabei aus dem staatlichen Umlageverfahren. Ein wenig hat die neue französische Regierung das Ungleichgewicht durch die Erhöhung der Sozialsteuer CSG für Rentner korrigiert. Um aber die Rentenfinanzierung zu stabilisieren, müsse die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer deutlich und nachhaltig steigen, sagen Experten von der OECD.

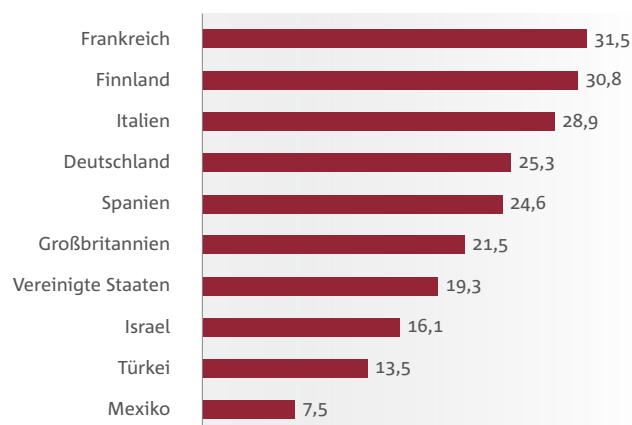
Viel Geld für den sozialen Wohnungsbau

Ein weiterer großer Ausgabenblock ist neben dem Gesundheitswesen der soziale Wohnungsbau mit Kosten von 40 Milliarden Euro, wobei ein Zehntel der Mieter des umfangreichen Sozialwohnungsbestandes nach Angaben des Rechnungshofes sein

dortiges Wohnrecht eigentlich verloren hat. Gleichzeitig wiegt das Wohngeld APL, das etwa auch Studenten vermögender Eltern erhalten, schwer auf der Staatskasse. Allgemein ist der französische Staatsdienst mit Personal reichlich ausgestattet: 5,6 Millionen Menschen arbeiten für ihn. Besonders in den Regionen, Departements und Kommunen ist es zu Neueinstellungen gekommen. Angesichts der Entschlossenheit der Regierung, das staatliche Defizit zu senken und zugleich ein staatliches Investitionsprogramm aufzulegen, scheint es unvermeidlich, auch bei den Sozialausgaben zu kürzen.

Frankreich am sozialsten

Sozialausgaben 2016 in Prozent des BIP



Türkei für das Jahr 2014, Mexiko für das Jahr 2012; Quelle: OECD.

Im Fokus

Weltwirtschaft

China auf Expansionskurs – das Projekt „Neue Seidenstraße“

Es ist *das* wirtschafts- und geopolitische Megaprojekt Chinas: die Neue Seidenstraße. Mit ihr will Peking ein Handelsnetzwerk zwischen Asien und Europa spannen. Die Führung verspricht den Anrainerstaaten Investitionen und Entwicklung.

Mitte Mai 2017 hat Peking gerufen, und große Teile der Welt sind gekommen. Der Anlass des Gipfeltreffens, an dem Regierungschefs und Minister aus mehr als 100 Ländern teilnahmen: das Projekt „Neue Seidenstraße“, das China bereits 2013 ins Leben gerufen hatte. In der Abschlusserklärung sprachen sich die Staats- und Regierungschefs für freien Handel und gegen Protektionismus aus. Die Seidenstraßen-Initiative werde eine „offene Globalisierung“ fördern, von der alle profitieren sollen, heißt es in dem Dokument.

Was genau ist BRI?

Was aber verbirgt sich überhaupt hinter dem Projekt „Neue Seidenstraße“? Die Neue Seidenstraße – auch bekannt als „One Belt, One Road“, weswegen die Abkürzung BRI („Belt and Road Initiative“) gängig ist – gilt als Lieblingsprojekt von Staatspräsident Xi Jinping. China möchte gemeinsam mit zahlreichen Partnern zwischen Asien, Afrika und Europa neue, moderne Handelskorridore aufbauen. Die Neue Seidenstraße meint zum einen den Landweg entlang der historischen Handelsrouten von China bis Europa, zum anderen die maritime Seidenstraße über Südostasien durch den Indischen Ozean bis zum Mittelmeer. Im Wesentlichen geht es um Infrastrukturprojekte, um ein Netzwerk aus Straßen, Eisenbahnen, Häfen und Flughäfen zwischen Asien und Europa, in das China massiv investieren möchte.

Die BRI umfasst sechs internationale Wirtschaftskorridore von jeweils mehreren tausend Kilometer Länge: eine neue eurasische Landtrasse, neue Verbindungen von China mit der Mongolei und Russland, mit Zentral- und Westasien und der Indochinesischen Halbinsel, mit Pakistan wie mit Bangladesch, Indien und Myanmar. Die geografische Ausdehnung der BRI reicht derzeit von Jakarta bis Rotterdam und von Nairobi bis Moskau. Sogar eine Ausweitung nach Südamerika ist angedacht. Mittlerweile werden der Seidenstraßen-Initiative mehr als 1.000 Projekte zugerechnet. Von der zugesagten 1 Billion US-Dollar wurde bisher allerdings erst knapp ein Drittel tatsächlich investiert. Als Gesamtsumme aller Investitionen steht die Zahl 4 Billionen Dollar im Raum. Die meisten BRI-Projekte liegen vorerst in China und seiner unmittelbaren Nachbarschaft. Das ambitionierteste ist zweifellos die Schnellstraße, die

von Chinas autonomer Region Xinjiang zu dem neu gebauten Tiefwasserhafen von Gwadar in Pakistan führen soll.

Finanzierung

Finanziert werden die meisten BRI-Projekte durch Chinas Staatsbanken. Die für die Außenhandels- und Investitionsförderung zuständige Export-Import Bank of China vergab bis Ende letzten Jahres etwa 24 Milliarden Dollar an Krediten in BRI-Länder, die China Development Bank hat angeblich mehr als 110 Milliarden Dollar für BRI-Projekte ausgelegt. Auch normale Geschäftsbanken sind beteiligt. Die vier größten, alle im Staatsbesitz, vergaben Darlehen für BRI-Vorhaben in Höhe von 150 Milliarden Dollar. Weitere Mittel werden durch mehr als 20 neu gegründete Fonds generiert, allein 40 Milliarden Dollar durch den 2014 eingerichteten Silk Road Fund.

Um auch ausländische Investoren einzubinden, hat China neue multilaterale Institutionen geschaffen: 2014 gründete es gemeinsam mit Brasilien, Indien, Russland und Südafrika die New Development Bank (NDP), die bis Ende 2016 immerhin 2 Milliarden Dollar für BRI-Projekte bereitstellte. Aus europäischer Sicht besonders wichtig ist die 2015 gegründete Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB), die bis Ende 2016 ebenfalls rund 2 Milliarden Dollar in BRI-Projekte investiert hat. Deutschland und zwölf andere EU-Staaten sind in Leitungs- und Aufsichtsgremien dieser Bank vertreten, sieben weitere EU-Staaten sollen folgen.

Was man sich davon verspricht

Von den chinesischen Investitionen würden andere Länder profitieren, meinen nicht nur viele chinesische Ökonomen. Und in der Tat scheint die Seidenstraßen-Initiative geeignet, neue Wirtschaftsräume zu erschließen und im eurasischen Raum und entlang des Indischen Ozeans die wirtschaftliche Entwicklung zu stimulieren. Chinas Führung spricht von einer neuen Ära der Globalisierung: Armen und politisch höchst instabilen Ländern wie Afghanistan und Pakistan will die Volksrepublik die Segnungen seiner Industrie zukommen lassen; reichen Ländern wie Deutschland verspricht Xi Jinping, über neue Eisenbahnstrecken und Häfen die Handelsbeziehungen auszubauen. Es ist klar, dass sich China auch für seine eigene Wirtschaft eine Menge von der BRI erhofft. Und doch stellt sich die Frage, welche Absichten genau das Reich der Mitte und seine Staatsführung mit der Seidenstraßen-Initiative verfolgen?

Motive Chinas

Für Xi Jinping und die Kommunistische Partei Chinas ist die Initiative zunächst einmal ein großes Prestigeprojekt, mit dem die Volksrepublik als Global Player die Ausgestaltung der Weltwirtschaft des 21. Jahrhunderts gemäß den eigenen Interessen und

Im Fokus

Standards beeinflussen und vorantreiben will. Von Peking gegründete multinationale Institutionen wie die AIIB und die NDB sind als Alternative oder zumindest als Ergänzung zu Finanzinstitutionen wie IWF und Weltbank konzipiert. Chinesische Politiker und Diplomaten verweisen immer wieder – vor allem seit Donald Trump in Washington regiert – auf die Seidenstraßen-Initiative, wenn sie China als Stabilitätsanker für die globalisierte Wirtschaft präsentieren wollen.

Hauptanstoß für die Initiative war anfangs aber wohl ein wirtschaftliches Dilemma. Nachdem sich das chinesische Wachstum verlangsamt hatte, reichten die Exporte in die Industrienationen und die Infrastrukturinvestitionen im eigenen Land nicht mehr aus, um die Wachstumsraten zu halten und so die von der KP versprochene „Gesellschaft eines kleinen Wohlstands“ zu verwirklichen. Die geplanten Projekte sollen als Ventil für die Überkapazitäten der chinesischen Stahl- und Zementindustrie dienen. In Peking hofft man, Massenentlassungen bei unrentablen Staatsunternehmen vermeiden zu können. Für die wirtschaftliche Stabilität ist aber auch die Energieversorgung entscheidend, die durch neue Pipelines und Stromtrassen gesichert werden soll. Die chinesischen Hersteller von Schienen für Hochgeschwindigkeitszüge und die Telekommunikationsanbieter sollen obendrein im Ausland – auch in Kooperation mit europäischen Firmen – ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken und ihre Management-Kompetenzen erweitern.

Aber die Neue Seidenstraße soll auch dazu beitragen, die Ungleichheit zwischen einzelnen Regionen Chinas zu verringern. So sollen neue Verbindungen zu den Nachbarländern Mongolei, Kasachstan, Kirgistan und Pakistan helfen, die Wirtschaft in den darbenden Grenzregionen Xinjiang, Ningxia, Qinghai und Yunnan im Westen sowie in den Stahlhochburgen im Nordosten anzukurbeln.

Skepsis und Hoffnungen bei den Europäern

Auch in Europa verspricht man sich wirtschaftliche Impulse. Der Ausbau des Schienennetzes zwischen Eurasien und Europa könnte kostengünstige und im Vergleich zu den Seerouten schnellere Transportwege schaffen. Multinationale agierende Unternehmen aus Europa und den USA sehen auch neue Möglichkeiten, in Drittstaaten mit chinesischen Partnern zu kooperieren. Beim Bau von großen Anlagen und Infrastrukturen verfügen chinesische Firmen nach dem Boom der letzten Jahre über viel eigene Erfahrung. Doch in Bereichen wie Energieinfrastruktur und Zugtechnik können sie vom Know-how deutscher und europäischer Firmen noch einiges lernen.

In der EU wird zugleich aber immer wieder kritisiert, die BRI-Projekte seien nicht nachhaltig genug und ließen die üblichen



Foto: pixabay.com

Standards internationaler Kooperation vermissen. Speziell die westlichen EU-Staaten sind obendrein misstrauisch gegenüber der chinesischen Strategie, gezielt die östlichen EU-Länder mit Seidenstraßen-Investitionen zu umwerben. Das signalisierte die Europäische Kommission gegenüber Peking, als sie am 20. Februar eine offizielle Untersuchung des Vorzeigeprojekts einer Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Belgrad und Budapest einleitete. Dabei soll überprüft werden, ob bei der Auftragsvergabe die EU-Vorschriften eingehalten wurden, die für solche Großprojekte ein öffentliches Ausschreibungsverfahren vorsehen. Die EU hat allerdings trotz mancher Skepsis nicht die Absicht, sich von der Seidenstraßen-Initiative zu distanzieren.

Zweifel

Präsident Xi forderte im August 2016, einige „Modellprojekte“ möglichst bald umzusetzen, damit die beteiligten Länder die „Vorteile spüren können“. Doch bislang wurden außerhalb Chinas nur wenige Projekte abgeschlossen. Ob überhaupt positive Wirkungen in den Anrainerstaaten zu erwarten sind, wird teilweise bestritten. Das Versprechen, dass alle profitieren, dürfte in vielen Ländern schon deshalb kaum einlösbar sein, weil die allgegenwärtige Korruption die Gewinne meist auffrisst, bevor sie bei der Bevölkerung ankommen. Im Übrigen könnten positive Effekte für die lokalen Arbeitsmärkte entlang der Seidenstraße auch dadurch ausbleiben, dass China seine BRI-Kreditvergabe häufig an die Bedingung knüpft, chinesische Arbeiter und Firmen zu engagieren. Auch sind manche Empfängerländer womöglich gar nicht in der Lage, die Rentabilität großer Infrastrukturprojekte einzuschätzen. Hier könnte die gesamte Volkswirtschaft ins Wanken geraten, wenn China die Rückzahlung jener BRI-Kredite einfordern sollte, die diese Länder mangels Produktivität niemals zurückzahlen können.

Weiterbildung

Lehrerseminare: Wirtschaft kompakt

Wirtschafts- und Finanzbildung in drei Tagen: Auch in diesem Herbst, vom **16. bis zum 18. Oktober**, bieten der Bankenverband Hessen und die Frankfurt School of Finance & Management wieder Lehrerseminare zum Thema Politik und Wirtschaft an. Über drei Tage stehen in praxisnahen Vorträgen und Workshops aktuelle Wirtschaftsthemen auf der Agenda, in die von erfahrenen Dozenten und Experten aus Theorie und Praxis eingeführt wird. Für aktive Lehrer aus dem gesamten Bundesgebiet, die das Fach Politik und Wirtschaft unterrichten (SEK I

bzw. SEK II), ist die Teilnahme kostenfrei. Veranstaltungsort ist der neue Campus der Frankfurt School an der Adickesallee in Frankfurt. Die Unterbringung der Teilnehmer erfolgt in einem ortsnahen Hotel. Die Nähe der Business School zum Finanzplatz erlaubt neben den Praxisseminaren auch eine spannende Exkursion zum neugestalteten Geldmuseum der Deutschen Bundesbank.

Anmeldung

Interessenten haben die Möglichkeit, sich unter www.fs.de/lehrerseminare über das Programm zu informieren und anzumelden. **Anmeldeschluss ist der 8. September 2017.** Kontakt: Annette Blank, a.blank@fs.de

Geldanlage

Deutsche sparen zur Vorsorge

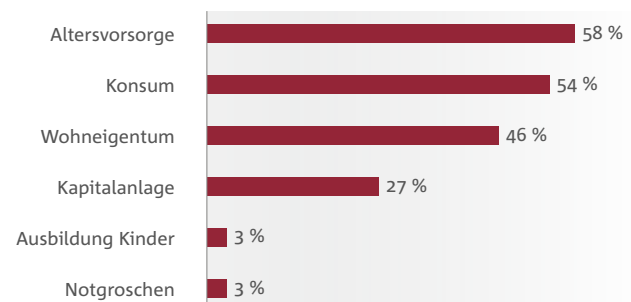
Eine vom Verband der Privaten Bausparkassen in Auftrag gegebene Umfrage zum Sparverhalten zeigt, dass das wichtigste Sparmotiv die Altersvorsorge ist.

Die Niedrigzinsphase zeigt Wirkung: Auch ihrerwegen nennen nur noch 27 Prozent der Befragten die Kapitalanlage als wichtigstes Sparmotiv, im Frühjahr waren es noch 29 Prozent. Seit der vor zehn Jahren ausgebrochenen Finanzkrise ist die Anlage deutlich unbeliebter geworden; in den Jahren 2006 und 2007 war sie noch für im Durchschnitt 44 Prozent der wichtigste Anreiz zu sparen. Gegenüber der letzten Umfrage im Frühjahr blieb die Zustimmung zur Altersvorsorge mit 58 Prozent unverändert hoch. Das Sparmotiv „Konsum“ verlor hingegen nicht nur den Spitzenplatz, sondern auch an Beliebtheit: Statt 61 Prozent nannten ihn nur noch 54 Prozent als wichtigstes

Sparmotiv. Zulegen konnte das Wohneigentum, für das 46 Prozent der Bundesbürger Geld auf die hohe Kante legen. Das ist eine Verbesserung um 4 Prozentpunkte.

Sparmotive der Deutschen

Umfrageergebnis (Mehrfachnennungen möglich)



Quelle: Verband der Privaten Bausparkassen.

Bargeld

Alte D-Mark-Bestände

Immer wieder werden bei Erbschaften, Wohnungsaufösungen und Umzügen noch D-Mark-Bestände gefunden. Sie können in den Filialen der Deutschen Bundesbank unbegrenzt und kostenfrei in Euro eingetauscht werden, zum offiziellen Kurs von 1 Euro gleich 1,95583 DM. Wie groß sind die D-Mark-Bestände, die bislang noch nicht eingetauscht wurden? Von den auf Mark und Pfennig lautenden Münzen im Wert von 16 Milliarden DM (Münz-

umlauf Ende 2000) sind bis heute immerhin 6,7 Milliarden DM nicht eingetauscht (42 %) worden. Sie schlummern in Schatullen und Münzalben deutscher Haushalte oder haben ihren Weg ins Ausland als Souvenir von Touristen gefunden. Zahlreiche Münzen dürften auch verloren gegangen sein. D-Mark-Banknoten hingegen wurden zu über 97 Prozent eingelöst. So stehen von den Geldscheinen im Wert von ursprünglich 262 Milliarden DM (Banknotenumlauf Ende 2000) nur 5,95 Milliarden DM aus. Wer übrigens noch alte DDR-Mark bei sich findet, geht leer aus: Diese wird nicht mehr von der Bundesbank eingetauscht.



Impressum | Herausgeber: Bundesverband deutscher Banken e.V., Postfach 04 03 07, 10062 Berlin | Verantwortlich: Dr. Michael Kemmer
Redaktion: Dr. Henrik Meyer, Annette Matthies-Zeiß (Assistenz), Telefon +49 30 1663-1293, schulbank@bdb.de, schulbank.de
Druck: Druckstudio GmbH, Professor-Oehler-Straße 10-11, 40589 Düsseldorf | Gestaltung: KD1 Designagentur, Köln